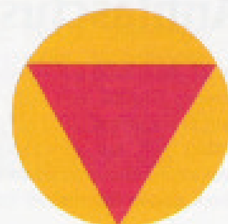
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.



August 8/96

Asyl-Kompromiß: Verletzung der Menschenrechte

Am 14.05.1996 billigte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nachträglich den sogenannten Asylkompromiß. Damit bestätigte es die von CDU/CSU und FDP 1993 im Bundestag durchgesetzte faktische Liquidierung des Asylrechts. In der Entschließung des Bundeskongresses der VVN/BdA vom 1./2. Juni 1996: „Antifaschismus bleibt verpflichtende Aufgabe, mehr den je"!, heißt es zu dieser skandalösen Entscheidung:

„Ausgelöscht ist eine der wichtigsten Errungenschaften des antifaschistischen Widerstandes: Deutschland als ein Asylland für alle politisch und ethnisch Verfolgten, für alle diejenigen, die in ihren Heimatländern von sozialer und militärischer Gewalt bedroht werden – auch als Dankesschuld an die Völker, die fast einer Million Flüchtlingen aus Hitlerdeutschland Asyl gewährten".

Seit 1993 verdreifachte sich die Zahl der Abschiebungen von Menschen ausländischer Herkunft. 3.000–5.000 von ihnen sitzen gegenwärtig in Abschiebehaft. Die drohende Auslieferung sowie die zermürbende, unwürdige Situation in den Abschiebegefängnissen läßt viele keinen Ausweg mehr se-…. 23 in Abschiebehaft genommene Menschen nahmen sich seit 1993 das Leben. 31 Menschen brachten sich angesichts der bevorstehenden Abschiebung zum Teil schwere körperliche Verletzungen bei, bzw. versuchten sich umzubringen. Die Bundesregierung läßt das kalt. Bundesinnenminister Kanther antwortete auf eine diesbezügliche Anfrage der PDS-Abgeordneten Jelpke: Diese Menschen hätten „nicht ernsthaft Selbstmord" begehen, „sondern lediglich ihre Abschiebung verhindern" wollen.

Auch Bremen

entwickelt sich von seinem in der Vergangenheit erworbenem liberalen Ruf in Flüchtlingsangelegenheiten drastisch nach rechts. Es wurde zum Land mit der höchsten Abschiebezahl im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte.

Im Januar 1995 kommt es zu einer 36tägigen Aktionswoche vor dem Abschiebeknast Ostertor gegen die Abschiebung tamilischer Flüchtlinge nach Sri-Lanka. Im April 1995 kommt es zum 10tägigen Hungerstreik auf dem Flüchtlingsschiff „Embrica Marcel". Er richtet sich sowohl gegen die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen auf dem Schiff, als auch gegen die Unterbringung auf diesem. Inmitten der Trostlosigkeit des Kohlehafens, isoliert von Wohnsiedlungen gelegen, verschärft die Schiffsunterkunft die ohnehin schwierige Lage der Flüchtlinge. Auch in den Flüchtlingsunterkünften „Hafenwende" und „Mahndorf" kam es bereits zu ähnlichen Aktionen. Erreicht wurden kleine Verbesserungen der Lebensbedingungen, die Schaffung von Flüchtlingskomitees und deren Zusammenwirken und ein gewisses, wenn auch noch völlig unzureichendes Maß an Solidarität unter den Flüchtlingen verschiedenster Nationen, wie auch von Organisationen, Verbänden und Einzelpersonen Bremens, darunter auch von der VVN/BdA.

Wie unmenschlich die Asylrechtsverschärfung sich auswirkt, zeigt auch das Beispiel der Familie Liyanaarachchy. Verfolgt, verhaftet und gefoltert der Vater, gelang es der Familie im Januar 1994 aus Sri-Lanka nach Deutschland zu fliehen. Das Folgende, leicht gekürzt, ist der „Bremer Kirchenzeitung" Nr. 14 vom 07. Juli 1996 entnommen. Zunächst wird die Familie in ein Asyl-Bewerberheim im sächsischen Seligstadt eingewiesen. Doch nur das Elternpaar zog in die dortigen schwierigen hygienischen und sozialen Bedingungen. Die beiden Töchter – heute 15 und 18 Jahre alt – übergaben sie in die Obhut des Schwagers und dessen Familie in Bremen. Sie nahmen den Unterricht im Schulzentrum an der Kornstraße auf. Während der Vater mit einer Magenerkrankung in Sachsen ins Krankenhaus eingeliefert wurde, erschienen in Bremen Behördenvertreter und holten die Mädchen aus der Klasse.

Die Familienzusammenführung ergab sich schließlich anders, als offiziell geplant: Alle fanden Aufnahme in der engen Wohnung des Schwagers in Bremen. Nachdem die Mädchen in der Vorbereitungsklasse erfolgreich Deutsch gelernt haben und in die 8. und 9. Klasse des Gymnasiums versetzt sind, kommt jetzt die Ausländerbehörde mit einem Bescheid des Verwaltungsgerichts Dresden, in dem es heißt: „Es erfolgt keine Unverteilung nach Bremen.... wir sind gezwungen, Familie Liyanaarachchy in den Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde Bautzen zurückzuholen".

Fortsetzung Seite 2



»Gefängnis! Verfolgung! Ach, hören Sie doch auf!!! Ich bin während der schlimmen Zeit '33 bis '45 in meiner Heimat geblieben, und mir ist auch nichts passiert!«

Antifaschistischer Widerstand: Gestern und Heute!!!

Am 27. April fand auf Initiative der Bremerhavener Gruppe von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ein politischer Aktionstag statt. Auf dem Programm standen zwei Informationsveranstaltungen und ein „Rock gegen Rechts".

Georg Gumpert

Die Veranstaltung „Antifaschistischer Widerstand gestern und heute" begann mit einem Vortrag von Georg Gumpert von der VVN/BdA Bremen. Er hielt einen Vortrag über seine Erfahrungen im antifaschistischen Widerstand. Er berichtete von seinem politischen Werdegang und setzte an bei einer Schilderung der Auseinandersetzung mit den Nazis. Er erzählte von Straßenkämpfen und Haftzeiten.

In diesem Zusammenhang berichtete er auch vom verhängnisvollen Streit zwischen der SPD und der KPD, der der antifaschistischen Bewegung so unendlich großen Schaden zugefügt hat. Wert legte Georg jedoch darauf, sich nicht in Zeitzeugnissen zu verlieren, sondern die Ursachen des Faschismus zu verdeutlichen. Er führte aus, wie das kapitalistische System rassistisches und faschistisches Gedankengut fördert und den Faschisten nützt. Er berichtete von der Unterstützung der Herrschenden für Hitler und zog Verbindungen zur heutigen Situation. Immer noch sind dieselben Eliten in Politik und Wirtschaft am Ruder – auch wenn die Personen zunehmend ausgewechselt werden – bleiben es dieselben Mechanismen, nach denen das System funktioniert: Profitstreben und größtmögliche Verwertbarkeit der Menschen. Georg eröffnete damit eine unabdingbare Perspektive für den antifaschistischen Kampf. Damals wie heute muß er antikapitalistisch sein! Nur dann können wir den Faschisten wirkungsvoll den Boden entziehen und sie aus der Welt schaffen. Nur dann können wir uns eine lebenswerte Zukunft erkämpfen.

Medienmacht

Ein Schwerpunkt von Georg waren die Medien und die Manipulationsmöglichkeiten, die sie eröffnen. Er berichtete, um wievieles sich diese Mechanismen verfeinert haben, wie vielschichtig die Manipulationsversuche sind, um die Menschen auseinander- und von ihren Interessen abzubringen. Als Beispiel führte er die Lügen und Verdrehungen in Bezug auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien an. Georg verdeutlichte die Notwendigkeit von Gegenöffentlichkeit, die wir schaffen müssen, um unsere Argumente unter die Leute zu bringen. Eine Medienlandschaft die nach Gewinninteressen arbeitet, steht nicht auf unserer Seite! Sie hat oft nur dann Interesse über unsere Ansichten und Aktionen zu berichten, wenn sie Randale wittert.

Antifa (M)

An diesem Punkt konnte eine Antifaschistin aus Göttingen anknüpfen. Sie berichtete über die Politik der Autonomen Antifa (M). Sie ist Ziel einer großangelegten Kriminalisierungskampagne des Staates. Vorläufiger Höhepunkt: 17 AntifaschistInnen soll der Prozeß nach 129 (kriminelle Vereinigung) gemacht werden. Die Genossin erläuterte das Konzept der Antifa (M), das unter anderem auf Medienarbeit aufbaut. Bestandteil der von der Antifa (M) initiierten Demonstrationen ist ein schwarzer Block. Das war und ist für Medien natürlich immer ein gefundenes Fressen und somit Anlaß zu berichten – auch über Inhalte. Allerdings ist dieser schwarze Block auch ein Aufhänger für die Repression gegen die Antifas. Völlig hinter diesem Aspekt zurück bleibt die Tatsache, daß die Antifa (M) auf allen Gebieten antifaschistischer Politik aktiv ist. So beschäftigt sie sich mit der Geschichte antifaschistischen Widerstandes und politischen Gefangenen. Sie führt Veranstaltungen und Gedenkkundgebungen durch. Ihre Demonstrationen wurden von einem breiten Bündnis von autonomen Gruppen bis hin zu Grünen und Teilen der SPD getragen.

Den BesucherInnen der Veranstalt[ung] wurde ein Querschnitt durch antifaschistische Kämpfe der letzten 70 Jahre geboten. Es blieb der Eindruck: Antifaschistischer Kampf ist heute so nötig wie eh und je!

Christoph Ihmels

Fortsetzung von Seite 1

Auch, und nicht zuletzt wegen dieser Seite der Rechtsentwicklung in den staatlichen Institutionen, den Parlamenten und Gerichten der Bundesrepublik Deutschland, bleibt Antifaschismus und aktive antifaschistische Arbeit unverzichtbar. Die VVN/BdA Bremen kann sicherlich noch nicht wesentliche Veränderungen auf diesem Gebiet herbeiführen, aber sie bezieht Position, sie wirkt im Sinne der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, und sie trägt aktiv bei zur Aufklärung, besonders unter der jungen Generation im Sinne des Schwures von Buchenwald und des Art. 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Es geht um eine menschenwürdige Zukunft mit gleichen demokratischen und sozialen Rechten für alle Menschen.

Herbert Breidbach

Gleichberechtigung beim Töten?

In den letzten Wochen wird von den Parteien der Koalitionsregierung, insbesondere der sonst wenig einfallsreichen FDP, verstärkt die Forderung nach „Gleichberechtigung" der Frauen in der Bundeswehr erhoben. Spätestens im Jahr 2000 sollen Frauen in den Kampfverbänden ihren Dienst ableisten. Dafür ist jedoch eine Änderung des Grundgesetzes (Art. 12a Absatz 4) erforderlich, bei der jetzigen Zusammensetzung des Bundestages aber wohl kein Problem.

Herr Rühe will jetzt schon die 3000 Frauen im Sanitätsdienst zum Wachdienst mit Waffengebrauch heranziehen. Es wird so dargestellt, als wäre hiermit die im GG verankerte Gleichberechtigung endlich erfüllt. Hoffentlich erkennen nicht nur die Frauen diese Demagogie und wehren sich mit ihren Männern und Freunden gegen diese unmenschlichen Pläne.

Ist die Gleichberechtigung denn schon im öffentlichen Dienst, der Kultur, Wissenschaft, Produktion, Handel, also im gesamten öffentlichen Leben gegeben? Hier sollten unsere hochbezahlten Minister und ihre Helfer praktische Überlegungen anstellen. Das Argument „kein Geld" ist unwahr, will doch die Bundesregierung bis zum Jahr 2012 von den jetzt schon 140 Millionen teuren Eurofighter 140 Stück anschaffen.

Wenn dann vielleicht ein paar weibliche Piloten damit düsen dürfen, wäre die Gleichberechtigung wohl erreicht.

FriBe

Im Büro können jeden Donnerstag ab 15.00 Uhr und nach Vereinbarung auch an anderen Tagen die Kleinzeitungen aus den Bundesländern eingesehen werden.

Außerdem sind vorhanden:

- Der rechte Rand
- Die Glocke von Ettersberg
- Informatione der DRAFD
- Die Moorsoldaten
- Antifa-Organ der IVVdN
- Sühnezeichen
- Friedensforum
- ZAG – Zeitung antirassistischer Gruppen

Das sind einige Organe, die bei uns eingesehen werden können.

Ergänzte Neuauflage:

Schwarz-Braun-Buch

Ein alternativer Verfassungsschutzbericht. Im Büro erhältlich: DM 24,–. Freunde und Kameradinnen und Kameraden: DM 16,–

Nazi-Schulungszentrum in Hetendorf

In der Nähe von Celle, man kann auch sagen in der Nähe der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, befindet sich in dem kleinen Ort Hetendorf ein faschistisches Schulungszentrum. Offenbar erworben mit den Mitteln „alter Kameraden" treffen sich hier seit 1979 verschiedene Gruppen des faschistischen Lagers, v.a. die mittlerweile verbotene Wiking-Jugend und neuheidnische und rassistische Gruppen und Sekten. (Siehe der Artikel über H. Thiele)

Betrieben wird das Zentrum von einem Heide-Heim e.V. mit dem Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger als treibender Kraft.

Seine Bedeutung liegt darin, daß die faschistische Weltanschauung hier umfassend und praktisch vermittelt und weitergegeben wird. Dazu dienen „germanisches Brauchtum", Vorträge, Filmvorführungen und Wehrsportübungen. Die jährlich stattfindende „Hetendorfer Tagungswoche" zur Sommersonnenwende ist dabei der Höhepunkt mit bis zu 300 Teilnehmern.

Seit vielen Jahren setzen sich mittlerweile zahlreiche lokale und überregionale Gruppen, auch die VVN-BdA Niedersachsen, gegen das Zentrum zur Wehr.

Das zuständige niedersächsische Innenministerium ist jedes Jahr aufs neue „überrascht", was da vor sich geht und weist die Polizei offenbar an, die faschistischen Veranstaltungen abzusichern.

In diesem Jahr ging die Polizei besonders brutal gegen die Antifaschisten vor, bis hin zu Massenverhaftungen und dem Einsatz von Reiterstaffeln. Faschistische Schlägertrupps konnten währenddessen ungestört Teilnehmer einer ökumenischen Andacht bedrohen und über Demonstranten herfallen.

Eine Schwäche unserer Seite war die Zersplitterung der Gruppen und Aktionen sowie Selbstüberschätzung. Der Widerstand gegen Hetendorf muß, wie in der Vergangenheit bei anderen Zentren auch, bis zur Schließung weitergehen!

(Weiteres Informationsmaterial gibt es über die Büroanschrift.)

Thomas

Karl Holl

Karl Holl geht in den Ruhestand. Der Bremer Geschichtsprofessor erhielt 1988 den Carl-von-Ossietzky-Preis für seine Forschungen über den deutschen Pazifismus. Besonderes Augenmerk legt er auf den Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde. Zu dessen 50. Todestag hielt er 1991 auf unserer Veranstaltung die Gedenkrede. Holl hat sich stets bemerkenswert deutlich gegen Rechts ausgesprochen, konsequenter als manche, die als „links" gelten.

Sein Engagement gilt heute der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, aus bekannten Gründen weniger seiner Partei, der FDP.

Thomas Willms

Der Wahn des Hermann Thiele

Einer der weltanschaulichen Hauptgegner des Faschismus ist das Christentum mit seinen Gleichheits- und Gerechtigkeitsansprüchen. Versuche, dem Faschismus eine eigene religiöse Grundlage zu geben, sind dabei so alt wie der Faschismus selbst. Bis heute bieten völkisch-rassistische Sekten mehr oder weniger offen Rechtfertigungen für Rassenhaß und Krieg.

Eine der wichtigsten Sekten dieser Art ist die „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR). Ehemalige NS-Funktionäre entwickelten sie nach 1945 aus den Überresten des nazistischen Kirchenkampfes, v.a. der „Deutschen Glaubensbewegung", der „Kirche" von SS, SA und HJ.

Der Bremer Gemeindeleiter der DUR, der im vielsprachigen Tenever wohnende Hermann Thiele, ist in der Vergangenheit als Redner in Hetendorf aufgetreten. Thiele, neben seinen Aktivitäten im religiösen Bereich auch Mitglied der NPD, nimmt in seinen Schriften kaum ein Blatt vor den Mund:

> „Das Ziel der Menschheit liegt nicht an ihrem Ende, sondern in ihren höchsten Exemplaren. Daß der große Mensch immer wieder erstehe, sei der Sinn des Erdenmühens.
>
> Wir glauben noch an eine Rangordnung der Menschen und Probleme, und warten die Stunde ab, wo diese Lehre vom Range und von der Ordnung sich der pöbelhaften Gesellschaft von heute wieder ins breite Gesicht einschreiben wird. Vielleicht ist diese Stunde auch unsere Stunde. Die Starken wollen formen, nichts Fremdes um sich haben.
>
> Die Tapferkeit von Kopf und Herz ist es, was uns europäische Menschen auszeichnet...
>
> (aus: Artam. Blätter eines Freundeskreises, Folge 115, S. 14)

Dieses Jahr nun machte ein im Sielwallhaus angesiedeltes „Bremer Aktionsbündnis gegen Hetendorf" in Tenever mit mehrsprachigen Flugblättern und einer kleinen Demonstration auf den Herrenmenschen in der Nachbarschaft aufmerksam.

Thomas

...und sonst noch

Unter der Kohl-Regierung wuchs der Anteil der Steuern aus Lohn und Gehalt von 20 % in 1982 auf 34 % des Staatshaushaltes 1995 und dies bei sinkenden Einkommen sowie sinkenden Arbeitsplätzen. Dagegen stiegen die Gewinne und Zinsen aus Arbeit und Kapital, aber der Anteil der Steuern aus Einkommen und Kapital sank von 1982 von 22,1 % auf 13 % in 1995. Das 25-Milliardenpaket wird nicht mehr aufgeschnürt, dank Kohl's Demokratieverständnis. Na, bitte.

Das Paket muß weg, dafür demonstrierten am 15. Juni 350 000 in Bonn, und der Protest wurde fortgesetzt. Er darf nicht lahm werden. Erst wenn die da „oben" machen, wie die „unten" wollen, dann ist Demokratie.

Zweieinhalb Jahre Gefängnis und 1 Million Geldstrafe für Wienand, jubelten die Medien. Das ist die Strafe für die Vorbereitung der Herstellung der Einheit Deutschlands, wurde hinter vorgehaltener Hand geflüstert. Es gab auch Medien, die offen den politischen Inhalt anprangerten. Aber die Mehrheit? Und lang und breit wurde „die Straftat behandelt".

Dagegen wurden ganze 9 Zeilen aus dem Kugelschreiber gequetscht. Für den Freispruch der DDR-Finanzministerin Herta König und der drei Mitangeklagten. Kein Kommentar, kein langer Bericht klärt über die Gründe auf, warum die Anklage grundlos war. Kein ellenlanger Beibericht, warum die Trickkiste der Sieger diesmal keinen Trick hatte, noch nicht mal einen, der an den Haaren herbeigezogen werden konnte – wie man so sagt.

Die AfB für Bremen spielt eine ganz tolle Oppisition. Prima, sie fordert mehr Macht für den Senat und warum? Dreimal darfst Du raten.

Vor 40 Jahren
Die Wehrpflicht wird Gesetz

Bei der Rehabilitierung (siehe BAF 6/7 96 ... zum Rechts-Staat) war eine Gruppe vergessen worden. Es waren die Legion-Condor-Männer. Nein, vergessen waren diese deutschen „Helden" nicht, denn sie hatten doch bei der Zerschlagung der spanischen Republik ihr „Leben" für den Faschismus eingesetzt. Also rehabilitierte „man" dies flugs im Jahre 1953.

Dafür wurden die Frauen und Männer hinter Schloß und Riegel gesetzt, die sich gegen die Remilitarisierung der jungen BRD einsetzten. Dann wurde das Jahr 1956 erreicht. Vor 40 Jahren, am 07. Juli 1956, beschloß der Bundestag das Wehrpflichtgesetz. Obwohl der Artikel 4.3 dem Bundesbürger praktisch verbot, jemals wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen, wurde dieses Recht außer Kraft gesetzt. Die sogenannte Wehrpflicht wurde nicht etwa im Artikel 4 des GG eingebracht, nein, es wurde ein neuer Artikel 12 a eingefügt. Dieser Artikel regelte gleich alles, sogar bis zur Ablieferung des PKW, wenn es die Obrigkeit forderte.

Wieso konnte die Wehrpflicht mit der einfachen Mehrheit beschlossen werden?

Mit dem Ruf: „Die Russen kommen" und gleichzeitigem Einbau von Sprengkammern in Brücken und strategische Punkte entlang der Grenze zwischen der BRD und DDR, wurden vor allem den Abgeordneten des Bundestages die Knie weichgetrampelt. So legte die Regierung Adenauers dem Bundestag die Ergänzung des Grundgesetzes (GG) durch eine Wehrverfassung vor. Der knieweiche Teil des Bundestages ermächtigte die Regierung mit der notwendigen Zweidrittel Mehrheit, eine Wehrverfassung vorzulegen. Dieses wurde der Artikel 12a.

Am 28. Juni 1996 hatte die Bonner Regierung dem Bundestag das überfällige Bundesentschädigungsgesetz zugeleitet. Dem Bonbon war gleichzeitig eine bittere Pille, um nicht zu sagen Stinkbombe, eingefügt. Mit dem Artikel 6, Ziffer 1, Satz 2, wurden alle ausgeschlossen, die gegen die FDGO wären. Damit haben Bundesregierung und Bundestag nicht sich selbst gemeint, sondern die, die gegen Verletzung der Grundrechte aufgestanden sind. Da die Widerstandskämpfer und die Verfolgten des Naziregimes ihre Erfahrung einbrachten, wie ein demokratischer Staat abgebaut wird, waren sie natürlich die aktivsten, z. B. gegen die Remilitarisierung. Oder kurz gesagt, für die Erhaltung der im GG festgeschriebenen Grundrechte. Das wurde nun mit dem Entschädigungsgesetz Art. 6.1.2. bestraft. Zwar nicht in Bremen, aber in anderen Ländern haben Kommunisten erst 1988 ihre Entschädigung erhalten. Nur in besonderen, auf Länderebenen beschlossenen Gesetzen oder Stiftungen, wurde noch entschädigt. Mit dem Bremer Gesetz wurden ab 01.01.1989 noch Sintis und Romas sowie Opfer der geschlossenen Wohnanlage Hashude entschädigt.

Schon lange vor dem Artikel 12a und vor dem Verbot der KPD (17.08.1956) waren in Gröpelingen in der Tirpitzkaserne Rekruten für die Bundeswehr stationiert.

Auch dies erinnert mich immer wieder an das Jahr 1956, in dem die Wehrpflicht und das BEG beschlossen wurden. Erst am 08. Mai 1985 hob der Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Artikel 6.1.2. auf, als er im Bundestag erklärte, es müsse der Widerstand geehrt werden, auch der der Kommunisten.

Immer richtig erinnern, sonst bekommen wir eine schiefe Einschätzung,

mahnt Willy.

66 Jahre danach
Das Paket von 1930 gleicht dem von 1996 wie ein Ei dem anderen.

Fast auf den Tag genau vor 66 Jahren wurde dem Reichstag ein Paket auf den Tisch gelegt. Ein Paket, das damals wie heute einen brutalen Griff in die Taschen der Arbeitnehmer beinhaltete. Das Paket vom 16. Juli 1930 gleicht dem vom 28. Juni 1996.

Damals, 1930, krachte in Bremen der Lahusen-Konzern, und in den USA krachten Banken zusammen. Die Weltwirtschaftskrise erschütterte die gesamte Industrie. Mit Massenentlassungen wollte diese die Krise beheben. Gegen Lohnkürzungen gab es Widerstand, zum Beispiel den der Mansfielder Kumpel.

Weil den Herrschenden in der Weimarer Republik alles nicht sicher war, wurde die Hermann Müller-Regierung am 27.03.1930 durch die Brüning-Regierung abgelöst. Diese schnürte schnell ein Milliardenpaket. Damals lehnte der Reichstag die radikalen Kürzungen im sozialen und tariflichen Besitzstand ab. Nun nahm der „Demokrat" Hindenburg den Artikel 48 der Verfassung zu Hilfe und ermächtigte Brüning den ungehorsamen Reichstag am 18. Juli 1930 aufzulösen. Wenige Tage später setzte Brüning die Milliarden Einschnitte in das soziale und tarifliche Recht mit der ersten Notverordnung in Kraft. Per Notverordnung setzte Brüning für den 14. September 1930 die Wahl eines neuen Reichstages an.

Das Versagen der Demokratie nutzte Hitlers NSDAP zu einer beispiellosen Demagogie. Diese zahlte sich aus, die Nazipartei gewann 95 Mandate hinzu. Im Reichstag saßen nun 107 statt 12 braune Abgeordnete. Wie es weiter ging, das wissen alle Demokraten.

1996 ist nicht 1930/33, höre ich schon tönen. Formal ja. Trotzdem trägt auch heute jeder Akt des sozialen und demokr[...]schen Einschnittes zur Stärkung rechten Denkens und Handelns bei. Es ist nicht so, wie der „Witzbold" der Nation sagte: „Wenn die 25 Milliarden nicht abkassiert werden, wäre der Sozialstaat in Gefahr". Umgekehrt ist es richtig. Das Abkassieren von 25 Milliarden senkt den sozialen Besitzstand, schränkt den inneren Markt ein und schadet dem demokratischen Verständnis.

Die Gewerkschaften dürfen nun den Weg nicht mehr verlassen, den sie jetzt betreten haben, genausowenig wie damals der soziale und demokratische die Krise nicht gelöst hat. Ebensowenig löst heute das altbewährte Rezept des gewöhnlichen Kapitalismus die Krise nicht, auch wenn er sich soziale Marktwirtschaft nennt.

W[...]

Das war ein Gipfel

Zuerst gipfelten die Europäer in Lyon und die Regierungschefs stellten fest, keiner hat das Klassenziel erreicht. Wenn bei der nächsten Tagung im Dezember die Krise dann immer noch nicht gelöst ist, will Helmuth Kohl kraft seiner Autorität die Währungsunion beschließen. So ist eben seine Demokratie.

Der Höchste war der Niedrigste

Und dann gipfelten die G7 und Rußland. Sie wollten beraten, wie die Wirtschaftskrise beseitigt wird. Wollten! Aber da kam Mister Clinton und sagte, der Kampf gegen den Terrorismus ist die weltweite Hauptaufgabe. So blieb Krise = Krise, und der demokratische Sachverstand des Oberherrn Clinton stellte fest: „Die Europäer hingen wie Fliegen an den USA".

Das Paket muß weg

Diese Suppe eß ich nicht und das Paket wird nicht aufgeschnürt, tönte Bundeskanzler Kohl.

Im geschnürten Paket war festgeschnürt, es soll in 96 im öffentlichen Dienst eine Nullrunde geben und in 97 auch. Das Paket mußte aufgeschnürt werden. 300,00 DM für 96 und 1% für 97 ist zwar kein Ausgleich für Preiserhöhungen im privaten wie im öffentlichen Sektor. Trotzdem zeigt das Resultat, es geht.

Zum Beispiel stand im Paket: 1996/97 werden Arbeitslosengeld sowie Arbeitslosen- und Sozialhilfe eingefroren. Na und, es wurde aufgetaut. 1 % mehr ist auch nicht die Welt, aber immerhin.

Kürzungen von Krankengeld und Lohnfortzahlungen sind noch nicht vom Tisch. Minister Weigel hat angeblich kein Geld mehr in der Kasse, darum liegen noch folgende Gesetze auf den Tischen des Bundestages, die 50 Milliarden in Weigels Kasse bringen sollen.

- Rentenversicherung und Arbeitsförderung - Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz - Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz - Beitragsentlastungsgesetz in der gesetzlichen Rentenversicherung - Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit - Gesetz zur Änderung von § 22 des Bundessozialhilfegesetzes

Das ist kapitalistische Planwirtschaft: Abbau demokratischer und sozialer Grundrechte, das ist die Verletzung der Menschenrechte. Die Menschenrechte erhalten, verteidigen, das ist Antifaschismus in Aktion. Dazu sind alle Demokraten aufgerufen, macht die Gewerkschaften stark. Für ein Aktionsprogramm, das sich deutlich vom gewöhnlichen Kapitalismus abgrenzt.

Willy

Am Montag, den 2. September 1996, spricht der Schriftsteller H. R. Mirow zum Thema: „Die Deutschen und der Krieg" um 19.00 Uhr im Hans-Böckler-Saal im DGB-Haus am Bahnhofsplatz

Anschließend Aussprache

Internationaler Gedenktag

Sonntag, den 08. September um 11.00 Uhr

In der Ehrenablage auf dem Osterholzer Friedhof spricht Dr. Ernst Uhl, Sprecher der Lidice-Initiative, zum Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten

Vergessen und verfälscht

Am 30. Juni 1946 wurde zum Thema „Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher" ein Volksentscheid durchgeführt.

In diesem wurden die Forderungen mit 77% Ja-Stimmen gebilligt. Fast 2.000 Betriebe, Immobilien etc. wurden von den Enteignungen erfaßt.

Die allgemeinen Rahmenbedingungen waren in Ost und West die gleichen, es gab klare Mehrheiten gegen die Krupps und Flicks.

Die demokratische Mehrheit hatte die Grundüberzeugung, daß den Kriegsinteressenten und -gewinnlern endgültig das Handwerk gelegt werden mußte, damit neues Unheil für Deutschland und Europa verhindert wird. Damit wurde der Volksentscheid zu einem Akt demokratischer Selbstbestimmung, war Völkerpflicht und die Konsequenz aus zwei verursachten Kriegen.

Er bezog sich u. a. auch auf das „Prager Manifest" von 1934 der Prager Exil – SPD. Mitunterzeichner war auch Willy Brandt.

Volksentscheid und Manifest forderten die sofortige entschädigungslose Enteignung aller NS-Schuldigen. Dieses schrieb fest, daß nach dem Sturz der NS-Machthaber und deren Urheber mit Sicherung der revolutionären Macht, mit dem Aufbau eines freien Staatswesen zu beginnen sei.

Auf dem SPD-Parteitag im Mai 1946 in Hannover (der Autor war dort Zuhörer), wurde der Inhalt des Manifesttextes uneingeschränkt für die künftige Politik anerkannt.

Ein Jahr vor dem Volksentscheid wurde im Gründungsaufruf der CDU am 26. Juni 1946 ein klares Bekenntnis zur Kapitalentmachtung abgegeben.

Das Ahlener Programm der CDU vom 03. Februar 1947 beginnt mit dem Bekenntnis: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist dem Deutschen Volk nicht gerecht geworden. Aufgrund seiner Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung erfolgen, die nicht mehr den kapitalistischen Macht- und Gewinnstreben, sondern dem Volk und Frieden dient.

Diese Erkenntnisse und Wahrheiten haben bis auf den heutigen Tag ihre Werte nicht verloren. Sie wurden auch unterstützt von dem Abkommen der Siegermächte am 02. August 1945. Anklagen und Urteile der Nürnberger NS-Kriegs- und Wirtschaftsverbrecherprozesse verdeutlichten, wie berechtigt und notwendig die Säuberungen für ganz Deutschland waren.

Darum war der Volksentscheid von 1946 in Sachsen eine wichtige und richtige Demonstration und Interpretation der Geschichte des deutschen Faschismus. Dieses sollte für den Antifaschismus von heute eine hohe Wertstellung bedeuten.

Georg Gumpert

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geburtsdatum, Ort ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Staatsanwalt läßt nicht locker

„Brandanschlag in Lübeck – Libanese aus Haft entlassen", lautet eine Schlagzeile am 03. Juli. Der 20jährige Safwan Eid kam nach fast 6 Monaten Untersuchungshaft wegen Verdachts auf Mord und Brandstiftung ohne Auflage frei. Bei dem Anschlag am 18. Januar kamen 10 Menschen ums Leben, 30 wurden verletzt. Die Jugendkammer des Landgerichtes Lübeck war beim Vergleich von Zeugenaussagen und Gutachten auf erhebliche Lücken gestoßen. Der Brandgutachter, Prof. Ernst Achilles (Ffm), konnte an der Kleidung Safwan Eid keinerlei Spuren brennbarer Flüssigkeit feststellen. Beweismittel verschwanden.

Die Staatsanwaltschaft stützte sich vor allem auf Aussagen eines Rettungssanitäters, der behauptete, Safwan Eid habe ihm den Anschlag auf der Fahrt ins Krankenhaus gestanden.

Zweifel an der Stimmigkeit dieser Aussage wurden schon kurz nach Eids Verhaftung laut. Der Rettungssanitäter selbst steht im Verdacht, der neofaschistischen Szene sehr nahe zu stehen und die 4 anfangs festgenommenen Jugendlichen vom Verdacht reinigen zu wollen.

Im Mai wurde der Haftbefehl gegen Safwan Eid von Mord in Totschlag umgewandelt. Dennoch gibt die Staatsanwaltschaft nicht auf. Weiterhin bestehe hinreichender Verdacht. Daher soll Eid noch im Sommer der Prozeß gemacht werden. Kommentatoren sehen nun die Ermittler im Zwielicht, die Staatsanwaltschaft in Beweisnot und den Verdacht, daß auch in Lübeck mit dem Ziel ermittelt wurde, neofaschistische Täter zu schützen.

Raimund

Unterstützt die IUK

Am 22. April 1996 haben folgende Persönlichkeiten in Lübeck eine Internationale Untersuchungskommission ins Leben gerufen.

Mitglieder der Internationalen Unabhängigen Kommission: Mario Angelelli, Rom · Geoffrey Bindman, London · Christian Bruschi, Marseille · Angiolo Gracci, Florenz · Beate Klarsfeld, Paris ·Hans Langenberg, Utrecht · Felicia Langer, z. Zt. Tübingen · Gaetano Pecorella, Mailand · Arturo Salerni, Rom Sitz: Schoolplein – Advokatenkollektief, Schoolplein 5A, 3581 Utrecht

In der Erklärung heißt es unter anderem: „Wir gehören zu den Menschen in Europa, die mehr und mehr alarmiert sind von den Nachrichten, die aus Deutschland kommen. Wir fragen uns, wie es möglich sein kann, daß in Deutschland Ausländer angegriffen werden, daß wieder Synagogen brennen und Flüchtlingsheime angezündet werden".

Die Haftentlassung des Safwan Eid und die einige Tage später erfolgte Ankündigung des Prozesses beweist, daß die IUK notwendiger denn je ist. Unterstützende Maßnahmen und Spenden an:

Anwaltsbüro Heinecke und Partner, Budapester Straße 49, 20359 Hamburg, Telefon: +49- (0) 40-4 39 60 02, Fax: +49- (0) 40-4 39 31 83, Kto. Nr. 498 463-203, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontoinhaber: Andreas Wulf/Pax Christ, Stichwort: IUK Lübeck

Der Landesvorstand der VVN/BdA Bremen e. V. i. A. Willy

Leserbrief

zum Thema „Bundeswehr und öffentliche Vereidigung".

Viele Bundesbürger legen einen Eid ab: Polizisten, Lehrer, Senatoren, Minister, Kanzler, Richter. Aber niemand schwört auf offener Straße in buntem Tuch strammstehend und bei Blasmusik. Daß staatstragenden Reden, stramme (und manchmal volle) Hosen und martialisches Auftreten den Unmut des Bürgers auslöst, liegt auf der Hand. Staatsbürger/innen denkt nämlich an die Überfälle auf Dänemark, Polen, Norwegen, Sowjetrußland, an die Verbrechen der Naziwehrmacht. Sie alle gingen von der Reichshauptstadt Berlin aus. Und er denkt an die 49 Milliarden, die uns die Bundeswehr kostet, und an deutsche Soldaten in Bosnien und Somalia. Viele Bundesbürger meinen, daß diese dort genausowenig zu suchen haben wie einst die Wehrmacht in Jugoslawien und Nordafrika. Es ist also verständlich, daß immer mehr Männer nicht zum Bund gehen und viele das verse Ritual vor dem Charlottenburger Schloß mit Trillerpfeifen stören. Wir Bremer/innen haben ähnliches schon am 06. Mai 1980 vor dem Weserstadion geübt!

In Berlin waren die beiden Bremer Jürgen Karbe und Ernst Busche dabei.



„Natürlich, Herr Kinkel, beachten wir [illegible] Menschenrechte".

aus: Berliner Zeitung

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 · Fax: 04 21/38 29 18

Montag 16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag 15.00 – 18.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt unsere Auffassung wieder.

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.I.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage im August 1996

Fredeke Drewes 05.08., 58 Jahre
Wolfgang Büchler 22.08., 51 Jahre
Ernst Fenner 26.08., 82 Jahre
Hans-Ludwig Meier 26.08., 82 Jahre

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Wir veröffentlichen nur Leserbriefe, die nicht in anderen Medien erschienen sind.

Die Redaktion